

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlag: Raben & Comp., Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Stadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 6000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 800.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gespaltene Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 600.— M., die gespaltene Restzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 M.

Nr. 108

Dresden, Freitag den 11. Mai 1923

34. Jahrg.

## Der Widerstand als Elementarrecht

Eine erste Rundgebung der Gewerkschaften

Der Notentwurf der letzten Tage über Reparation und Ruhrbesetzung gibt den unterzeichneten Verbänden der deutschen Arbeiter und Angestellten Anlaß zu erneuter Stellungnahme, weil es sich um Lebensfragen des arbeitenden Volkes handelt, die ohne seine Mitwirkung nicht gelöst werden können und weil der Notentwurf schon jetzt Fehler aufweist, deren Beseitigung unbedingt notwendig ist, wenn weiteres Unheil von der Arbeiterklasse in allen Ländern ferngehalten werden soll.

Die unterzeichneten Verbände sind, der politischen Lage Rechnung tragend und in dem Bewußtsein, die Nachwirkungen des Krieges baldmöglichst zu heilen, von jeher für Reparationen eingetreten und haben die Bereitwilligkeit der deutschen Arbeiter und Angestellten, an Reparationen mitzuwirken, immer wieder betont. Sie versichern auch heute ihre Bereitwilligkeit zur Reparation in den Grenzen des Möglichen. Sie sind dabei allerdings durchdrungen von der Überzeugung, daß die deutsche Reparationsleistung allein den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nicht bewirken kann und daß dieser Wiederaufbau nur durch das verständnisvolle Zusammenarbeiten aller beteiligten Völker auf der Grundlage des Friedens und der wirtschaftlichen Tatsachen möglich ist.

Unvereinbar mit diesen Grundgedanken ist der Einbruch der Franzosen und der Belgier in das Ruhrgebiet, für den der Friedensvertrag von Versailles keine Stütze bietet, und der wirtschaftliche Voraussetzungen durch militärische Gewalt entgegenstellt. Er bedroht in gleicher Weise das Selbstbestimmungsrecht weiterer Teile des deutschen Volkes und damit dessen Einheit und Freiheit, wie er die Freiheit der Arbeit, das Gemeingut der arbeitenden Menschen aller Völker, unterdrückt.

Dagegen richtet sich der Widerstand der deutschen Arbeiter und Angestellten, die passive Resistenz, die geistige und sittliche Waffe, die keinem Volke gegenüber der Unterdrückung genommen werden kann. Dieser Widerstand ist spontan aus den besten Kräften des Volkes hervorgegangen, weil an der Ruhr Gewalt und Unrecht zu herrschen verstanden. Keine Regierung hat diesen Widerstand befehlen oder schaffen können, keine Regierung kann ihn abstellen und keine wird ihn, selbst mit den grausamsten Mitteln der Gewalt, zu unterdrücken vermögen.

Die deutschen Arbeitnehmer werden in ihrem Widerstand nicht einen Tag länger verharren, als an Rhein und Ruhr der rechtswidrige Zustand andauert. Sie führen dabei einen schmerzhaften Kampf, aber trotz Not und Entbehrung fühlen sie sich stark in dem Bewußtsein, ihr gutes Recht, die Freiheit ihres Arbeitsplatzes, zu verteidigen. Sie kämpfen zugleich in der Überzeugung, nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die Freiheit der Arbeitnehmerschaft aller Länder einzustehen. Die

Aufkündigung, die ihnen von dort vielfach zuteil geworden ist, läßt sie zuversichtlich glauben, daß über Nachgebote und Forderungen der Regierungen hinweg auch die vielumkämpfte internationale Frage der Reparation schließlich eine Lösung auf dem Boden der Vernunft und Gerechtigkeit finden wird.

Berlin, den 9. Mai 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsring.

## Zum Justizmord an den Gewerkschaftsführern

Dem Deutschen Eisenbahner-Verband wird vorgeworfen:

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes nimmt mit Entzweiung Kenntnis von den unannehmlichen Urteilen des französischen Kriegsgerichts in Mainz, wodurch neben anderen auch acht Funktionäre des Deutschen Eisenbahnerverbandes auf Jahrzehnte hinter Gittermauern verbannt werden, nachdem sie bereits bis zu drei Monaten in Haft gehalten wurden. Die Verurteilungen haben nichts getan, als was ihnen ihre Würdigung und ihre eheliche Lebensgestaltung geboten. Sie haben gehandelt, wie sie als gewerkschaftlich organisierte deutsche Eisenbahner und Funktionäre handeln mußten und wie es ihre Organisationsleistung als einwandfrei anerkanntes verlangt. Ihre Verurteilung ist ein roher Gewaltakt. Der Deutsche Eisenbahner-Verband hat wiederholt an das Gewissen der Welt appelliert gegen die Mißhandlungen, Ausweisungen und Lösungen seiner Mitglieder durch französische und belgische Militär, er hat wiederholt der Welt geschildert, wie seine unter dem Druck lebenden Mitglieder nichts anderes gelassen haben, als was jeder ehrliche und schließende Mensch seiner Heimat, seiner Familie und seinem Vaterlande schuldig ist. Der Deutsche Eisenbahner-Verband appelliert erneut an das Weltgewissen gegen die brutale Willkür des Militarismus, die ohne einen Schein von Recht, Ehre und friedliche Deutsche in den Kerker wirft. Diese Tat dient der Schwärzung des Völkervertrauens, sie muß den Jörn und die Empörung aller gerecht denkenden Menschen hervorgerufen.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes entsetzt den verurteilten Kollegen als den Opfern blinder Nachjustiz seinen Gruß. Er erwartet, daß mit ihm die international führende Arbeiterschaft alles tun wird, um die Leiden der eingekerkerten Kollegen abzumildern und er hat das Vertrauen, daß der besonnenen von den Eisenbahner geführte Arbeiterbewegung die Ruhrarbeiterbewegung bewahrt, in die Blauweil französisch-belgischer Kapitalisten zu geraten.

## Der Fascismus mordet

Erschießung des russischen Vertreters in Lausanne

Der internationale Fascismus wuchert wie die Pest in allen Ländern. Sein Zweck ist die Eroberung der Demokratie, besonders aber die Abwürgung des proletarischen Fortschrittes und der sozialistischen Organisationen. Seine Mittel sind Dolchschläge, Revolvergeschosse, Terrorismus, Mord. Nicht nur im fascistischen Mutterland Italien wuchert der Fascismus, er durchläuft auch Länder, die nicht im Brennpunkt des europäischen Ringens stehen. Jetzt hat die fascistische Organisation der Schweiz einen Vertreter Sowjetrusslands zur Strecke gebracht. In Lausanne tagt die internationale Konferenz, die die Orientfragen regeln soll. Dort hat ein schweizerischer Fascist den russischen Repräsentanten ermordet. Die Meldung lautet:

Lausanne, 10. Mai. Heute abend, 9.20 Uhr, wurde im Hotel Cecil, wo die russische Delegation wohnt, der russische Sozialistische Revolutionskämpfer bei Abendessen durch einen Revolveranschlag ins Genick getötet. Seine Begleiter, der Professor Ahrens und der Sekretär Dimitrow, wurden durch mehrere Schüsse verletzt. Dimitrow ist schwer verletzt, Ahrens dagegen befindet sich außer Lebensgefahr. Der Mörder gehört der Gruppe der sogenannten Schweizer Fascisten an, die in den letzten Jahren wiederholt Drohungen gegen Sowjetrussland ausgesprochen und bereits am letzten Sonntag einen Schritt beim russischen Revolutionskämpfer unternommen hatten, um ihn zum Verlassen der Schweiz zu bewegen. Der Mörder ist ein Schweizer. Er war heute abend in das Hotel gekommen und hatte sich eine Tasse von Borowitsch entsetzt zum Essen niedergelegt. Als er fertig war, bestellte er zwei Gläser Witz und trank sie eilig aus. Darauf gab er seinen Schuß ab auf die drei Russen ab. Der Mörder Borowitsch stellte sich gleich nach der Tat. Er wurde verhaftet und heißt Couradi. Er ist 38 Jahre alt und soll im russischen Exil gedient haben.

So hat der Fascismus wieder seine internationale Macht gezeigt. Er diktiert, daß ein Sowjetvertreter in der „demokratischen“ Schere nicht geduldet werde. Als der Russe nicht

gehört, wird er durch Mord erledigt. Es kobe der Fascismus!

Die ganzen Zusammenhänge der blutigen Tat werden freilich nicht so schnell und nicht so leicht ausgedeutet sein. Vielleicht waren hier auch politische Kräfte mit im Spiel, die von ganz andern Kräften ausgehen, als man vermutet. Die russische Vertretung hat auf der Orientkonferenz eine ausgedehnte, für die Rechte der Türken sich einsetzende Politik getrieben. Jetzt ließ man Russland als gleichberechtigten Faktor bei den noch zu regelnden Orientfragen nicht mehr zu. Russland protestierte dagegen. Nun kam der Mord. — Zugleich stehen die Beziehungen Englands zu Russland vor dem Abbruch. Das zehnjährige Ultimatum Englands fordert bedingungslose Abstellung aller Differenzen, die England unbequem sind. Erfolgt die Unterwerfung nicht in zehn Tagen, so hat die Londoner Regierung bereits Abbruch aller Beziehungen und Abreise aller Beteiligten vorgesehen. Die Schwierigkeiten zwischen England und Russland werden durch den Mord gesteigert. Ueberhaupt ist jetzt so vieles in Dunkel gehüllt und in Wirbel geraten, daß Klarheit schwer zu gewinnen ist. Jedenfalls wagen sich die Differenzen zwischen den Westmächten und Russland gewaltig zu. Wird nun der Fascismus auf die Sowjetvertreter losgelassen, fallen die russischen Vertreter auf westlichem Boden der geborgenen Mörderorganisation zum Opfer, so treibt man Konflikte zu, die schwer und unübersehbar werden können.

Die Tat von Lausanne dürfte mit dem Vorgehen des Fascismus auch in den andern Ländern eng in Verbindung stehen. Vielleicht soll sie eine Ermunterung oder ein Signal darstellen. Es ist die höchste Zeit, daß die Gefahr des Fascismus erkannt und die geeigneten Mittel gefunden werden, um die Völker vor dieser Pest zu bewahren und die schon vorhandenen Wucherungen unschädlich zu machen.

## Demokratische Steuerpolitik

In fast allen Fragen der Politik hat sich in den letzten Monaten eine starke Annäherung der bürgerlichen Mittelparteien an die Demokratischen vollzogen. Am auffälligsten ist das bei den Demokraten. Vor allem gilt das für ihre Haltung bei der Wirtschaftskrise und Steuerpolitik. Beim Geldentwertungsgesetz ist zweifellos der Führer der Demokratie, der Ständige Ausschuss Dr. Fischer, in diesem Wettrennen mit Heftigkeit erfolgreich gewesen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß diese Tatsachen, die in der Öffentlichkeit bekanntgeworden sind, in den Kreisen der Angestellten und Beamten, die sich noch zur Demokratischen Partei zählen, lebhaften Mißfallen erregt haben. Diese Kreise verstehen nicht, daß der eine Führer der Partei, Erkens, die Steuerüberwälzung der Besessenen scharf verurteilt, während unter der Führung seiner Kollegen Dr. Fischer und Reimann die an und für sich geringen Vermögenssteuern noch weiter herabgedrückt werden. Die wachsende Erregung in den Anhängerkreisen der Demokratischen Partei sucht man nun durch Angriffe auf die Sozialdemokratie, die beim Geldentwertungsgesetz allein Hüter der Staatsfinanzen und der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewesen ist, abzulenken. Diesem Zweck dient auch ein Artikel des „Demokratischen Zeitungsdienstes“, der sich vor allem mit der Reichstagsrede des Genossen Dr. Herz vom 15. März beschäftigt.

In diesem Artikel wird die Richtigkeit der Beispiele, die Genosse Herz zur Kennzeichnung der überaus geringen Steuerlasten der Besessenen angeführt hat, angezweifelt. Herz habe zwei wichtige Tatsachen unberücksichtigt gelassen, die für die Beurteilung der Wirkung des Vermögenssteuergesetzes von entscheidender Bedeutung seien. Das sei einmal die Tatsache, daß der Stichtag für die Vermögenssteuer nicht ein beliebiger Tag im Jahre 1923 sei, sondern gesetzlich auf den 31. Dezember 1922 festgelegt worden ist. Und zweitens sei die Vermögenssteuerbelastung von ihm berechnet worden ohne die Zuschläge, die für die Dauer von 15 Jahren im Vermögenssteuergesetz vorgeesehen worden sind.

Beide Einwände haben eine gewisse Berechtigung, sind aber doch falsch. Das den zweiten Einwand angeht, so verkennt der „Demokratische Zeitungsdienst“, daß die im Vermögenssteuergesetz vorgeesehenen Zuschläge nur erfolgt sind als Ersatz für das Reichsnotopfer, das die bürgerlichen Parteien zuerst sabotiert und dann völlig beseitigt haben. Um die eigentliche Belastung durch das Vermögenssteuergesetz darzutun, ist es also durchaus berechtigt, seine Wirkung mit dem Tarif der Zuschläge zu berechnen. Wäre der Zuschlag ein der Vermögenssteuerbelastung innewohnender Bestandteil, so hätte es ja gar keinen Sinn, daß er neben dem Tarif gesondert berechnet wird.

Wenn ferner behauptet wird, daß der Stichtag zur Berechnung der 31. Dezember 1922 ist, so ist das durchaus richtig. Aber die Folgerungen daraus sind doch falsch. Man kann natürlich, um die tatsächliche Belastung z. B. bei Wertpapieren festzustellen, den Steuerkurs mit dem Börsenkurs des Stichtages, also des 31. Dezember 1922, vergleichen. Das aber führt zu gewaltigen Ungleichheiten. Denn die Steuer wird ja nicht am 31. Dezember 1922 gezahlt, sondern Monate später. Und da der Geldwert, der als Steuer gezahlt wird, wesentlich niedriger ist als der Geldwert vom 31. Dezember 1922, so ist auch die tatsächliche Belastung sehr viel geringer. Das, als ist es berechtigt, zum Vergleich nicht nur den 31. Dezember 1922, sondern den derzeitigen tatsächlichen Börsenkurs heranzuziehen. Wir wollen das an einigen Beispielen erläutern:

Steuerskurs	Börsenkurs	20. 12. 22.	20. 4. 23.
Sapag	224	9 125	72 000
Deutsch-Luxemburg	744	24 750	108 750
Ramstedmann	5594	15 000	73 000
Deutsche Vant.	2048	7 800	29 500
Schudert	8840	12 500	65 500
Wolff Balbes	8024	10 900	37 800
Wert der sechs Papiere	24 188	79 575	384 550

Wie aus dieser Aufstellung hervorgeht, wäre der Börsenkurs von Ende Dezember, also dem Stichtage zur Vermögenssteuer, etwa das Dreifache des Steuerkurses. Der Kurs Ende April aber ist etwa das 16-fache des Steuerkurses. In demselben Maße sinkt die tatsächliche Steuerleistung, denn es erfolgt ja nicht zum Werte der Mark vom 31. Dezember, sondern zu dem wesentlich niedrigeren Wert von Ende April 1923. Am 31. Dezember stand der Dollar rund 7000, jetzt steht er über 30 000. Die Mark ist also gesunken von 1/1000 auf 1/10000. In eben demselben Maße ist die Steuerentlastung erfolgt.

Doch den Demokraten diese Tatsachen unbekannt sind, wird man mit Rücksicht auf die Stimmung in den Kreisen ihrer proletarischen Anhänger durchaus verstehen können. Noch deutlicher aber tritt ihre Verlegenheit zutage bei der Beschränkung der Bestimmungen über die Einkünfte von Warenvorräten zur Einkommensteuer. Hier wird die durch und durch unwahre Behauptung aufgestellt, der sozialdemokratische Vorschlag habe bedeutet, daß der Vorkaufwert vielfach erheblich höher gewesen wäre als der Marktpreis. Diese Behauptung wird dann zu stützen gesucht durch die Herausziehung falscher Termine. Stichtag bei der Einkommensteuer ist nämlich auch der 31. Dezember 1922 und nicht der 1. Februar, wie der Artikel im „Demokratischen Zeitungsdienst“ angibt. Die Wirkung der gesetzlichen Bestimmungen